

# Zehntausende Franken Busse

Der autoritäre Massnahmenstaat ist nicht tot, er bereitet seinen neusten Streich vor: den faktischen Impfpflicht unter horrender Strafandrohung.

Philipp Gut

Die von der St. Galler Regierung geplante «Impfpflicht» mit Strafen bis zu 20 000 Franken hat einen wahren Volksaufstand hervorgerufen. Bei Mitte-Regierungsrat und Gesundheitsdirektor Bruno Damann sind über 2500 Protestschreiben eingetroffen, nachdem die *Weltwoche* als eines der ersten Medien über den Fall berichtet hatte. Die

*Der frühere Impfchef Berger findet es nur ungeschickt, die Strafandrohung so transparent zu machen.*

NZZ sprach von einem «Akt von erstaunlicher Unverfrorenheit». Gemäss einer Umfrage des Onlineverbunds *Portal24* lehnen mehr 92 Prozent der Teilnehmer eine solche Impfpflicht ab.

Dies lockte allerdings auch die Apologeten des autoritären Massnahmenstaats hinter dem Ofen hervor. Das *St. Galler Tagblatt* aus dem Hause CH Media eilte der Regierung zu Hilfe und sieht eine «haltlose Polemik». Die Impfpflicht sei «längst akzeptiert». Der *Tages-Anzeiger* schreibt von einer «absurden Impfdebatte» und verteidigt selbst die hohen Busen. Im Kanton Zürich betrügen diese bis zu 50 000 Franken. Ob denn irgendjemand glaube, «die Impfgegner wären besänftigt, wenn man das Maximum stattdessen auf 10 000 Franken festsetzte».

## «Pandemie der Ungeimpften»

Entlarvend sind auch die Äusserungen von Christoph Berger, Chefarzt der Abteilung Infektiologie und Spitalhygiene am Kinderspital Zürich und von 2015 bis 2023 Präsident der Eidgenössischen Kommission für Impffragen. Er stellte sich in der NZZ explizit hinter die St. Galler Regierung. Dass diese das vom Epidemiengesetz (EpG) auf Bundesebene vorgegebene Impfpflicht aufnehme, sei richtig. Er finde es jedoch ungeschickt, die Strafandrohung so transparent zu machen. Auch andere Kantone hätten Sanktionen, würden sie aber in eine «allgemeine Formulierung» verpacken.

Der Zweck dieser gesetzlichen Vorgabe, «verbunden mit einer Busse als Strafe», bestehe darin, «eine hohe Impfquote unter den wenigen extrem Gefährdeten zu erzielen», so Berger weiter. Die «Drohung mit der Busse» solle «die letzten Ungeimpften zur Impfung bewegen – idealerweise, ohne die Strafe tatsächlich durchzusetzen». Deutlicher kann man das nicht ausdrücken.

Auch wenn die «Pandemie der Ungeimpften» eine Propagandalüge war – die Lust, die Leute faktisch zu einer Impfung zu zwingen, bleibt ungebrochen. Die Befürworter des Gesundheitspolizeistaats, die offenbar noch nie vom verfassungsmässigen Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit gehört haben, lassen die Masken fallen.

Ihr Versuch, die Lage zu bagatellisieren und zu verharmlosen, indem sie darauf hinweisen, dass ja die halbe Schweiz solche Impfpflichten kenne, ist ein Schuss ins eigene Knie. Denn das macht es nicht besser. Im Gegenteil: Der massive Druck auf einzelne Menschen soll einen indirekten Impfpflicht salonfähig zu machen.

Was St. Gallen plant, ist also kein Betriebsunfall, sondern Symptom einer völlig verfehlten Gesundheitspolitik. Die Fehler und

Versäumnisse der Corona-Zeit werden nicht nur nicht sauber aufgearbeitet, sondern noch verschlimmbessert. Es wäre unzutreffend, zu sagen, dass man keine Lehren daraus zieht. Nein, man zieht die falschen Lehren.

Des Pudels Kern liegt tatsächlich im eidgenössischen Epidemiengesetz, dessen Artikel 22 Impfpflichten ausdrücklich vorsieht. Und genau dieses Gesetz soll nun revidiert und verschärft werden – mit noch mehr Zentralismus statt Föderalismus; mit der Fortschreibung und Verschärfung von Überwachung und Kontrolle; mit der Zementierung der unnützen und diskriminierenden Zertifikatspolitik.

## Demokratie-Defizit

Das Obligatorium gilt zwar nur für bestimmte Personengruppen. Folgeschwer ist jedoch, dass diese gesetzlich nicht klar definiert sind und damit politisch auslegbar bleiben. Je nach Interpretation können darunter ganze Altersgruppen, besonders vulnerable Menschen, Betreuungspersonen oder auch Kinder und Jugendliche fallen. Was heute als engbegrenzte Ausnahme dargestellt wird, kann in einer Krisensituation rasch ausgeweitet werden – unabhängig vom individuellen Gesundheitszustand oder tatsächlichen Risiko.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass auch die Anforderungen an eine «tödliche Pandemie» massiv nach unten geschraubt wurden. Dies alles eröffnet der Willkür Tür und Tor – und der Entscheid über eine Impfpflicht für potenziell zahlreiche Menschen und Personengruppen würde ganz allein in den Händen der Regierung liegen, ein offenkundiges Defizit an Demokratie. Über die Köpfe der Bevölkerung hinweg werden heute die gesetzlichen Grundlagen gelegt, um morgen umso massiver einfahren zu können. Helfen würde die ersatzlose Streichung von Artikel 22. Dann kämen auch die Kantone nicht mehr auf die Idee, die Bevölkerung mit derart unverhältnismässigen Strafbestimmungen in eine faktische Zwangslage zu treiben.



Des Pudels Kern.